



**Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss**

**Rede von Christa Schweng,
Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses**

**Konstituierende Plenartagung, 29. Oktober 2020
Plenarsaal des EP im Paul-Henri-Spaak-Gebäude / Remote-Verfahren**

**Sehr geehrter Herr Präsident Sassoli,
sehr geehrter Herr Präsident Michel,
sehr geehrte Frau Präsidentin von der Leyen,**

**Exzellenzen,
liebe Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses,
verehrte Gäste,
liebe Freundinnen und Freunde,**

vor einem Bildschirm zu sitzen — so haben wir uns diese konstituierende Tagung eigentlich nicht vorgestellt. Sie werden sich fragen, warum auch ich als neue Präsidentin aus der Ferne zugeschaltet bin. Bitte glauben Sie mir, der Entschluss, nicht nach Brüssel zu reisen, ist mir nicht leichtgefallen. Der Grund meiner Entscheidung liegt auf der Hand: Wir können von den Menschen in Europa, unseren Mitgliedern und unseren Bediensteten nicht verlangen, ihre sozialen Kontakte zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie einzuschränken und ihr alltägliches Verhalten zu ändern, wenn wir selbst nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb habe ich beschlossen, Sicherheit vorgehen zu lassen und per Videokonferenz teilzunehmen, um niemanden zu gefährden.

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Erinnerung beginnen. 1998 wurde ich Mitglied des Ausschusses. Ich erinnere mich immer noch an meinen ersten Tag und daran, was mir damals durch den Kopf ging. Ich fühlte mich etwas verloren und fragte mich, wie all diese politischen Maßnahmen funktionieren würden. Worin könnte mein Beitrag zur Verbesserung der EU bestehen? Ich denke, viele von Ihnen, insbesondere unsere neuen Mitglieder, kennen dieses Gefühl sehr gut. Heute, nach 22 Jahren, ist meine Motivation immer noch genau dieselbe wie am ersten Tag.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist von zentraler Bedeutung, um der organisierten Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene Gehör zu verschaffen. Dank dem Input der organisierten Zivilgesellschaft kann die europäische Politik wesentlich besser auf die Lage vor Ort eingehen und so auf nationaler oder lokaler Ebene viel wirksamer umgesetzt werden.

Die praktischen Erfahrungen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Verbrauchern, Landwirten und Nichtregierungsorganisationen sind für die bessere Gestaltung Europas *unabdingbar*. Wir haben eine Brückenfunktion: Dies ist unsere Aufgabe, die wir erfolgreich bewältigen müssen, und ich bin davon überzeugt, dass wir das schaffen werden.

Lassen Sie mich offen sein: In den vergangenen Monaten hatte der Ausschuss nicht unbedingt die beste Presse. Wir müssen uns unverzüglich ans Werk machen, sowohl den Ruf des EWSA als auch unseren eigenen wiederherzustellen und Vertrauen und Glaubwürdigkeit außerhalb und innerhalb unseres Hauses wieder aufzubauen. Wir brauchen einen Ausschuss, der **geeint ist und den höchsten ethischen und professionellen Normen** entspricht, einen Ausschuss mit einem **makellosen Ruf**. Deshalb möchte ich Sie heute bitten, dem Beirat das Mandat zu erteilen, den Verhaltenskodex für die Mitglieder des Ausschusses sowie die Geschäftsordnung zu stärken. Wir müssen dies so rasch wie möglich erledigen, auf jeden Fall noch vor Januar 2021.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte Ihnen nun die Prioritäten meiner Präsidentschaft darlegen und mich zuvor bei allen, die wertvolle Beiträge zu diesem Programm geleistet haben, ganz herzlich bedanken. Mein Motto lautet „**Gemeinsam für die Zukunft Europas**“. Ich wäre sehr froh, wenn dieses Programm zu UNSEREM Programm werden könnte, zum Programm des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses für die nächsten zweieinhalb Jahre.

Zuallererst müssen wir die durch die COVID-19-Krise verursachte wirtschaftliche und soziale Not angehen. Die Pandemie hat in die schlimmste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg geführt, und sie verschärft die Ungleichheiten. Vor allem müssen die **Mitgliedstaaten und unsere Gesellschaft insgesamt wieder auf die Beine kommen und widerstandsfähiger werden.**

Unsere Arbeitsweise während dieser Mandatsperiode wird von **COVID-19** geprägt sein. Das Abstandsgebot, das Tragen von Masken sowie Sitzungen im Hybrid-Format oder ganz als Videokonferenz werden die neue Normalität für uns sein, solange kein allgemein akzeptierter Impfstoff zur Verfügung steht. Bis dahin werden wir nicht so reibungslos arbeiten können, wie wir dies gewohnt sind.

Mehr denn je müssen wir unsere **Kräfte bündeln**. Wir müssen eine Vision für ein gestärkt aus der COVID-19-Krise hervorgehendes Europa entwickeln und alles in unseren Kräften Stehende dafür tun, dass **unser Ausschuss einen entscheidenden Beitrag zur Erholung Europas und seiner künftigen Widerstandsfähigkeit leisten kann.**

Hier nun meine Vision für Europa nach der COVID-19-Krise:

Ich möchte ein Europa, das **wirtschaftlich prosperiert, das sozial inklusiv und ökologisch nachhaltig ist** und das allen Teilen der Zivilgesellschaft ermöglicht, zu gedeihen und in einer offenen und wertebasierten Gesellschaft zu leben.

Der digitale und der ökologische Wandel sind nach wie vor wichtige Themen, sollten aber in allen Politikbereichen durchgehend berücksichtigt werden. Nachhaltige Entwicklung sollte eine

Geisteshaltung und eine Grundlage für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft sein, in der niemand zurückgelassen wird.

Ich gehöre der Gruppe Arbeitgeber an, lassen Sie mich also mit dem wirtschaftlichen Aspekt beginnen.

Jetzt, da wir die zweite Welle der Pandemie erleben, brauchen unsere Unternehmen, unsere Arbeitnehmer und die Menschen Unterstützung, um zu überleben, wieder auf die Beine zu kommen und unsere Wirtschaftssysteme wieder aufzubauen. Der Aufbauplan „Next Generation EU“ muss die Mittel bereitstellen, die wir für die Bewältigung der verheerenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie benötigen. Wir müssen sicherstellen, dass diese Unterstützung auch die tatsächlich Bedürftigen erreicht, etwa die Arbeitslosen oder die Unternehmen, insbesondere KMU, die ums Überleben kämpfen.

Gleichwohl können die gegenwärtigen Probleme nicht durch Geld allein gelöst werden: der Übergang zu einer digitaleren und grüneren Wirtschaft nach der Pandemie muss auch mit einer **Erholung der sozialen Lage** einhergehen.

Das Ziel, 20 Millionen Menschen bis 2020 aus Armut und sozialer Ausgrenzung zu befreien, wurde eindeutig verfehlt: deshalb müssen wir jetzt unsere Anstrengungen verdoppeln, um es zu verwirklichen. Menschen, die arbeiten können, sollten dies auch tun, während arbeitsunfähigen Menschen die Solidarität der Gesellschaft zuteil werden sollte.

Neben erheblichen öffentlichen und privaten Investitionen bedarf es zur raschen Überwindung der Krise eines gut funktionierenden Binnenmarkts. Noch bestehende Hindernisse sollten beseitigt werden, um den grenzüberschreitenden Fluss von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Daten und die Freizügigkeit der Personen zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen wir gleiche Wettbewerbsbedingungen sicherstellen, um einen fairen Wettbewerb auf dem Binnenmarkt zu ermöglichen.

Die EU muss auf globaler Ebene eine Schlüsselrolle spielen. Wir müssen internationale Standards so gestalten, dass sie europäische Werte und Interessen widerspiegeln. 85 % des weltweiten Wachstums wird den Prognosen zufolge außerhalb der EU stattfinden. 35 Millionen europäischer Arbeitsplätze sind vom Export und 16 Millionen Arbeitsplätze von ausländischen Investitionen abhängig.

Die Pandemie hat uns allen die Verletzlichkeit und die Abhängigkeit der EU von Lieferanten in Drittstaaten vor Augen geführt. Unsere Unternehmen und unser künftiger Wohlstand werden davon abhängen, ob es uns gelingt, offene Märkte zu bewahren — mit freiem und fairem Handel und mit verlässlichen weltweiten Handelsbedingungen.

Der EWSA wird sich als Teil der globalen Zivilgesellschaft weiterhin aktiv für die Erweiterung und die Nachbarschaftspolitik einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

COVID-19 hat zu Störungen und Umbrüchen auf unseren **Arbeitsmärkten** geführt. Der Schutz von Beschäftigung und Einkommen aller Arbeitsmarktteilnehmer — ob Selbstständige oder Angestellte — hat Priorität: die gegenwärtigen Maßnahmen müssen auf einen langfristigen Ansatz für berufliche Bildung und Kompetenzen ausgerichtet werden. Schutzbedürftigen Personen wie z. B. atypisch

Beschäftigten, Kindern in Armut, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit Migrationshintergrund oder Angehörigen ethnischer Minderheiten müssen wir besondere Aufmerksamkeit schenken.

Digitalisierung und künstliche Intelligenz haben enorme Auswirkungen auf unsere Art zu leben, zu arbeiten und miteinander umzugehen. Der digitale Wandel muss gerecht, nachhaltig und sozialverträglich sein. Wir müssen die Menschen in den Mittelpunkt der Digitalisierung stellen.

Ich bin voll und ganz davon überzeugt, dass wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Fortschritt untrennbar miteinander verbunden sind. Die 20 Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte dienen als Kompass für die soziale Konvergenz und für eine faire und nachhaltige Erholung. Wir müssen beim Übergang Europas zu einer ökologischen und digitalen Wirtschaft sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird. Die sozialpolitischen Maßnahmen müssen den Folgen des Wandels entsprechen.

Zu den Leitprinzipien der Europäischen Union sollte es auch gehören, den Menschen, die in der EU **Zuflucht** suchen, Schutz zu gewähren, ihre Rechte zu wahren und ihnen Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben. Die Organisationen der Zivilgesellschaft spielen eine entscheidende Rolle bei der Integration von Migranten, aber dafür brauchen sie auch angemessene Mittel.

Wenn wir schon über europäische Werte sprechen: Ich bin davon überzeugt, dass **unsere gemeinsamen europäischen Werte** unter keinen Umständen verhandelbar sind. Auch in Krisenzeiten, wenn außergewöhnliche und zeitlich strikt begrenzte Maßnahmen erforderlich sind, müssen Menschenwürde und Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit gewahrt werden. Rechtsstaatlichkeit ist für eine funktionierende EU von zentraler Bedeutung. Mehr noch, zusammen mit den Grundrechten ist sie der wahre Kern der EU als ein Modell der sozialen Marktwirtschaft, für das wir einstehen müssen.

Eine der wichtigsten Lehren aus der COVID-19-Krise lautet, dass die Gesundheitssysteme in fast allen europäischen Ländern gestärkt werden müssen. In erster Linie gilt es, den Schwerpunkt auf Prävention zu legen. Wichtig für die Solidarität und die künftige Resilienz ist die Schaffung einer **Europäischen Gesundheitsunion** mit einer praktischen Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen der EU-Mitgliedstaaten, die von der Europäischen Kommission koordiniert wird. Die Entwicklung wirksamer Behandlungsmethoden, eines Impfstoffs gegen COVID-19 sowie gemeinsamer Standards und eines koordinierten Testsystems haben auf europäischer Ebene zu erfolgen.

Nicht zuletzt brauchen wir ein ökologisch nachhaltiges Europa.

Wir wissen, dass der Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft mit der Modernisierung der Industrie und der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze sowie neuen Beschäftigungsmöglichkeiten einhergehen wird. Anspruchsvolle Klimaschutzmaßnahmen sind jedoch oft eine große Herausforderung für die betroffenen Unternehmen. In der gegenwärtigen Rezession ist es entscheidend, die bestmögliche Unterstützung für die konjunkturelle Erholung zu leisten und zugleich Innovation und Investitionen in Klima- und Umweltschutz zu fördern. Beim Engagement für die grüne Wende der Wirtschaft müssen die Unternehmen als Teil der Lösung verstanden werden. Sie müssen dazu ermutigt werden, bei der Gestaltung der Umstellung auf eine emissionsarme und ressourceneffiziente Wirtschaft eine aktive Rolle zu spielen. Bei der Annahme neuer Maßnahmen zur Abfederung des Klimawandels sind deshalb realistische Zielvorgaben, Planung, Sicherheiten und Flexibilität für die Unternehmen nötig.

Das Motto meiner Präsidentschaft — „Gemeinsam für die Zukunft Europas“ — kann nur im Zusammenhang mit der Konferenz zur Zukunft Europas erörtert werden.

Diese Konferenz stellt für die Gesellschaft der Europäischen Union eine einmalige Gelegenheit dar. Unternehmen, Arbeitnehmer, Landwirte, Verbraucher und Nichtregierungsorganisationen werden bei der Gestaltung der künftigen EU-Politik ihre Meinung einbringen können. Sie werden selbst Mitverantwortung für *ihre* Europäische Union übernehmen. Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und aus allen Gesellschaftsbereichen werden sich in dieser stärker strukturierten Debatte für ein besseres Funktionieren der EU engagieren können.

Der EWSA ist seit seiner Gründung im Jahr 1958 der partizipativen Demokratie verpflichtet. Er hat nun erneut die Chance, seinen Mehrwert unter Beweis zu stellen und als Katalysator zu fungieren, denn unsere Mitglieder kommen aus Organisationen, die alle Bereiche der Gesellschaft vertreten und die in allen Mitgliedstaaten fest verwurzelt sind.

Wichtige Themen umfassen: die Vision für Europa, das komplizierte Verhältnis zwischen nationaler Souveränität und der Notwendigkeit, gemeinsame europäische Lösungen zu finden, nationale Identität und kulturelle Vielfalt.

Ich bin stolz darauf, dass die im Jahr 2017 verabschiedete EntschlieÙung des EWSA der erste Beitrag zur unionsweiten Debatte über die Zukunft Europas war. Aber damit nicht genug. Ich bin davon überzeugt, dass wir einen maßgeblichen und wertvollen Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas leisten werden.

Im Motto meiner Präsidentschaft steht, wie Sie gehört haben, das Wort GEMEINSAM.

Unsere wichtigste Aufgabe besteht darin, der Stimme der europäischen Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene Gehör zu verschaffen. Dafür müssen wir eine **gemeinsame Grundlage** aller Gruppen finden: Hier im EWSA geht es nicht nur darum, die Standpunkte der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer oder der Nichtregierungsorganisationen zu vertreten. Unser Mehrwert ist der gemeinsame Nenner, den wir gegenüber den europäischen Organen und den Mitgliedstaaten geltend machen. Gleichzeitig wissen wir, dass wir bestimmte rote Linien, die den gegenseitigen Respekt aller Gruppen erfordern, nicht überschreiten dürfen. Die Legitimation des Ausschusses beruht nicht auf individuellen Interessen, sondern auf dem gemeinsamen Verständnis, dass wir aus unterschiedlichen Ländern mit verschiedenen Lebenshintergründen kommen, unsere Aufgabe jedoch darin besteht, **gemeinsam** für das Wohl der Europäischen Union zusammenzuarbeiten, das uns eint. Genau das unterscheidet uns von den Lobbyisten, und genau das ist unser Mehrwert.

Unser Erfolg und unser Einfluss auf die EU-Politikgestaltung hängen davon ab, dass wir zum richtigen Zeitpunkt hochwertige Arbeit leisten — ebenso wie von unserem proaktiven Ansatz. Wir zählen darauf, dass jeder Berichterstatter und jedes Mitglied die Stellungnahmen weiterverfolgt, einen intensiven Dialog mit den Berichterstattern des Europäischen Parlaments aufnimmt und während der Erarbeitung der Stellungnahmen mit den einschlägigen Interessenvertretern kommuniziert.

Wir können uns dankenswerterweise auf die engagierte Unterstützung der **Bediensteten des Ausschusses** in allen Dienststellen verlassen. Mit ihnen möchten wir als Team, **gemeinsam** im Geiste des **Respekts**, des Vertrauens und der gegenseitigen Wertschätzung zusammenarbeiten.

Verehrte Präsidentinnen und Präsidenten, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Freunde,

wir stehen vor enormen **Herausforderungen**. Aber diese Mandatsperiode bietet uns auch die **Chance**, zu einem wirtschaftlich florierenden und zugleich sozial inklusiven und ökologisch nachhaltigen Europa beizutragen. Wir können einen wichtigen Mehrwert für die EU-Politik schaffen und mitwirken, dass sie durch mehr Partizipation geprägt ist, dass sie wirksamer ist und dass sie den Bedürfnissen der Europäerinnen und Europäer besser entspricht.

Wir sind entschlossen, dieses Ziel zu verwirklichen. Gemeinsam wird es uns gelingen.

Gemeinsam für die Zukunft Europas!